

Stellungnahme der Partizipationsgremien für Migrantinnen und Migranten Schleswig-Holstein zum Integrations- und Teilhabegesetz für Schleswig-Holstein – IntTeilhG (Drucksache 19/1640)

Sehr geehrte Frau Ostmeier,

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 26. September 2019. Im Folgenden finden Sie die Stellungnahme der Partizipationsgremien für Migrantinnen und Migranten Schleswig-Holstein zum Integrations- und Teilhabegesetz für Schleswig-Holstein – IntTeilhG.

Wir werden im Folgenden zu ausgewählten Punkten Stellung nehmen:

Teil 1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Zweck

Wir begrüßen ausdrücklich den gesamtgesellschaftlichen Ansatz, wünschen uns im weiteren Verlauf des Gesetzes jedoch klarere Ansatzpunkte, an welcher Stelle und wie genau die Einwanderungsgesellschaft, Träger der öffentlichen Verwaltung und andere beteiligte Akteure eingebunden werden.

Wir weisen auf die Herausforderung der kontinuierlichen Unterstützung des Prozesses durch Träger der öffentlichen Verwaltung hin. Zunächst bedarf es hier in Teilen eines umfangreichen Umdenkens, so dass die öffentliche Verwaltung verbindlich als Vorbild für weltoffenes, freiheitliches, demokratisches und antidiskriminierendes Gesellschaftsbild agiert.

Teil 2 Integrationsziele

§ 3 Grundsatz

Die Zielformulierungen an sich unterstützen wir. Es handelt sich hierbei jedoch nicht ausschließlich um Ziele, die sich an Menschen mit Migrationshintergrund richten und richten sollten. Es wird darauf hingewiesen, dass Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und nicht nur von Menschen mit Migrationshintergrund geleistet werden soll.

§ 4 Sprachförderung

Das Land soll sich dafür einsetzen, dass alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft kostenlosen Zugang zu Sprachkursen erhalten. Zudem muss der Zugang insbesondere im ländlichen Raum unterstützt werden, ggf. durch Übernahme der Fahrtkosten etc., durch flächendeckende Angebote sowie der Sicherstellung von Kinderbetreuung. Der Titel des Paragraphen sollte ergänzt werden. Aktuell wird nicht deutlich, dass es sich um das Erlernen der deutschen Sprache handelt.

§ 5 Bildung

Wir verweisen auf die zahlreichen Vorschläge im Positionspapier der Foren. Ergänzend zu „Bildung für Akzeptanz und Toleranz von kultureller und ethnischer Vielfalt...“ fehlt uns an dieser Stelle eindeutig die Wissensvermittlung hinsichtlich einer Wertschätzung von kultureller und ethnischer Vielfalt. Als ein Beispiel sei hier Mehrsprachigkeit genannt.

Für die chancengerechte Elternbeteiligung sind die individuellen Bedarfe der Eltern zu berücksichtigen, wie z. B. die Sicherstellung ausreichender Strukturen zur Sprachmittlung in Kita und Schule.

§ 6 Ausbildung und Beschäftigung

Wir begrüßen die Anerkennung von Menschen mit Migrationshintergrund hinsichtlich ihrer Potentiale sowie die Forderung nach qualifikationsadäquater Stärkung der Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit im vorliegenden Entwurf.

Bereits in den Arbeitsmarkt integrierte Menschen mit Migrationshintergrund sollten, unter Ausübung des Ermessens bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen, in Ihrer Integration unterstützt werden.

Ergänzend verweisen wir auf das Positionspapier der Foren mit der umfangreichen Ausarbeitung zu diesem Teilbereich.

Anmerkung zu (4): Bitte einheitlich gendern.

Teil 3 Aufgaben und Maßnahmen

§ 7 Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, Antirassismus

Die Überschrift ist nicht eindeutig. Vorschlag: Bekenntnis zur demokratischen Grundordnung und Antidiskriminierung.

§ 8 Koordinierung der Integration

Eine konkretere Ausformulierung hinsichtlich der Unterstützung seitens der Landesregierung ist wünschenswert.

§ 10 Integrations- und Zuwanderungsmonitoring

Ein Integrations- und Zuwanderungsmonitoring unter Sicherstellung der Messbarkeit begrüßen wir ausdrücklich.

§ 11 Spezifische Maßnahmen

Insgesamt unterstützen wir die hier genannten Maßnahmen zur Zielerreichung.

Entsprechend dem Ziel 1 unter § 3 Grundsatz „Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, ...“ fehlen uns Maßnahmen zur Kultur- und Sprachmittlung, dem Themenbereich Gesundheit sowie zur Sicherstellung, dass der Beschäftigungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst mindestens der Höhe ihres Bevölkerungsanteils entspricht. Aus unserer Sicht ebenfalls zu ergänzen sind Maßnahmen zum Ausbau und Erhalt von Kultur- und Begegnungsstätten, was sich allenfalls vage unter Punkt 1 verorten lässt.

Insgesamt sollte eine konkrete Regelung erfolgen, in welcher Form das Land diese Maßnahmen unterstützt.

Letztlich wünschen wir uns eine Positionierung des Landes für ein aktives und passives Wahlrecht von Menschen mit Migrationshintergrund (ohne deutsche Staatsangehörigkeit) auf kommunaler Ebene.

Teil 4 Interessenvertretungen

§ 12 Teilhabe in Gremien

Die Hinwirkung auf eine angemessene Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen ist uns an dieser Stelle nicht ausreichend. Zur hinreichenden Berücksichtigung der Interessen von Menschen mit Migrationshintergrund ist die Beteiligung sicherzustellen.

§ 13 Integrationsbeirat

Die Einrichtung eines Integrationsbeirates befürworten wir ausdrücklich. Wir fordern, dass neben Vertretern der Kommunen mindestens ein Vorstandsmitglied der jeweiligen kommunalen, anerkannten Partizipationsgremien vertreten ist.

Wir, als kommunale Partizipationsgremien, vertreten seit Jahren die Interessen der Menschen mit Migrationshintergrund in den jeweiligen Kommunen und sollten daher in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse auf Landesebene eingebunden werden. Zudem sollte unsere Einschätzung in diesem Beirat eine entsprechende Gewichtung erhalten.

Wünschenswert wäre, wenn der Integrationsbeirat über einen "Integrations- und Teilhabefonds (SH)" verfügen würde, um Integrations- und Teilhabe-Projekte in SH direkt zu unterstützen.



FORUM FÜR MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN
IN DER HANSESTADT LÜBECK

gez. Spyridon Aslanidis, Vorstandsvorsitzender



gez. Dursiye Aytekin, Vorstandsvorsitzende



gez. Natali Schnar und İbrahim Ortaçer, Vorstandsvorsitzende



gez. Ramazan Kapusuzoglu, Vorstandsvorsitzender



gez. Dr. Helen Sadeghian, Vorstandsvorsitzende



gez. Leeza Lorenz, Rana Alizzi und Hindya Mohamad, Vorstandsvorsitzende
